

"Schweden, Finnland und Österreich verständigen sich mit den Zwölf über die Konditionen ihres Beitritts zur Europäischen Union" in Le Monde (3. März 1994)

Legende: Am 3. März 1994 erläutert die französische Tageszeitung Le Monde das zwei Tage zuvor in Brüssel geschlossene Abkommen, das das Ergebnis der Verhandlungen über den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union darstellt.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. LESOURNE, Jacques. 03.03.1994, n° 15.270; 50e année. Paris: Le Monde. "La Suède, la Finlande et l'Autriche s'entendent avec les Douze sur les conditions de leur entrée dans l'Union européenne", auteur:De la Guérivière, Jean , p. 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schweden_finnland_und_osterreich_verstandigen_sich_mit_den_zwölf_uber_die_konditionen_ihres_beitritts_zur_europaischen_union_in_le_monde_3_marz_1994-de-9bb7db92-7e82-41d9-8979-fd61a7a55782.html



Publication date: 06/07/2016

Schweden, Finnland und Österreich verständigen sich mit den Zwölf über die Konditionen ihres Beitritts zur Europäischen Union

BRÜSSEL (Europäische Union)
von unserem Korrespondenten

Außer wenn die Wähler es anders entscheiden, werden Schweden, Finnland und Österreich im Januar 1995 Mitglieder der Europäischen Union sein. Die am 25. Februar in Brüssel begonnenen Schlussverhandlungen zwischen diesen Staaten und den Zwölf über die Konditionen ihres Beitritts sind am Dienstag, den 1. März mit Kompromissvereinbarungen beendet worden. Anders im Fall Norwegens, mit dem die Verhandlungen am 8. März wieder aufgenommen werden müssen.

Die Heftigkeit der Debatten, ihr fachlicher Charakter und ihre manchmal konfuse Aussagen, die lange Zeit in mehreren Delegationen einen günstigen Ausgang bezweifeln ließen, verdecken beinahe das Wesentliche: Europa wird reicher um ein Schweden, das als Modell des sozialen Einvernehmens betrachtet wird, ein Finnland, das sich so lange in Bewährungsfreiheit unter Aufsicht Moskaus befand, und ein Österreich, das auf dem Alten Kontinent noch unterbewertet erscheint, nachdem es dort eine so wichtige Rolle gespielt hat.

Warum so langes Palaver? Auf der einen Seite gab es zwölf Mitgliedsstaaten, hin- und hergerissen zwischen ihren finanziellen Sorgen und ihrer Furcht vor dem schlechten Eindruck, den eine vierfache Ablehnung, dem Gesang der europäischen Sirenen nachzugeben, auf ihre eigene öffentliche Meinung produziert hätte, die noch unlängst dazu aufgefordert worden war, den Vertrag von Maastricht enthusiastisch anzunehmen.

Auf der anderen gab es „Kandidaten“, manchmal scheinbar vor allem durch den Wunsch motiviert, es den Nachbarn gleichzutun, indem sie dem Club beitreten, gleichzeitig aber fest entschlossen, den Aufnahmebeitrag so gering wie möglich zu halten und überzeugt, dass ein Zuviel an „Konzessionen“ ihrerseits von der Bevölkerung abgelehnt würde, sollte es ein Referendum geben.

Die Vier waren sich darüber im Klaren, dass sie die, wie man es im europäischen Galimathias sagt, „Nettobeitragszahler“ seien, das heißt, dass sie im Großen und Ganzen mehr an die Union abgeben würden, als sie von ihr bekämen. Daher beispielsweise das Feilschen, um zu erreichen, dass ihre nördlichsten Territorien aus der Hilfe der Union für bestimmte benachteiligte Regionen Nutzen zögen und die erbitterten Diskussionen, damit die Freigabe der landwirtschaftlichen Grenzen etappenweise vollzogen werde.

„Nettozahler sollten es vom ersten Jahr an sein; die Kandidaten müssen gemäß ihres Wohlstandes zum Haushalt beitragen und es ist ausgeschlossen, dass der französische Steuerzahler aufgefordert wird, ihre Eintrittskarte mitzubezahlen“, erklärte Alain Lamassoure am Montagabend. Zur gleichen Stunde bestätigte der zuständige Minister für Europäische Angelegenheiten, es sei zwar machbar, die Uhrzeiger kurz auf Schlag Zwölf anzuhalten, wenn die Frist, die sich die Union zum Abschluss mit den Vieren gegeben hat, abgelaufen wäre, es könne jedoch keine Rede davon sein, die Diskussion am Dienstagmorgen wieder aufzunehmen“. Dennoch trat er, wie alle anderen, im Morgengrauen in der obersten Etage des Charlemagne, dem Ratsgebäude in Brüssel, auf der Stelle.

Übergangsmaßnahmen

Trotz einer augenscheinlich schlechten Stimmung kam es für Frankreich nicht in Frage, eine Unterbrechung der Verhandlungen zu verantworten, während Deutschland die Dinge in die Hand genommen hatte, entschlossen, mindestens zuerst einmal mit Österreich zu einem Ergebnis zu kommen. Österreich jedoch ließ sich weiterhin bitten, wenig gewillt, den Transit der die Umwelt verwüstenden Lastkraftwagen im Namen des gemeinschaftlichen Freihandels zu ertragen, indes sich die Union unfähig zeigte, geeignete Maßnahmen per Schiene gegen diese Geißel zu ergreifen.

Schließlich erzielte Wien einen Teilsieg mit einer Verlängerung des Abkommens, das seit dem

1. Januar 1993 die Anzahl der Schwerlastkraftwagen mit Transitrecht für sein Territorium begrenzt; alle weiteren müssen auf Züge geladen werden. Im Prinzip sollte dieses Abkommen mit dem Beitritt zur Union hinfällig werden. Der am Dienstagabend zustande gekommene Kompromiss sieht die automatische Verlängerung von 1995 bis 1998 vor und quasi automatisch auch für die drei Folgejahre.

Schweden forderte eine Reduzierung seines künftigen Beitrages zum Gemeinschaftshaushalt, den die Zwölf auf 765 Mio. Ecu jährlich festgelegt hatten. Die Mitgliedsstaaten haben schließlich eine Erhöhung der schwedischen Agrarbeihilfe akzeptiert, die sich auf 435 Mio. Ecu für die ersten vier dem Beitritt folgenden Jahre belaufen wird. Dieser Betrag wird den vorgesehenen finanziellen Übergangsmaßnahmen hinzugefügt, die die landwirtschaftliche Integration der Kandidaten begleiten.

Das Funktionieren der Institutionen

Schweden dürfte den Rhythmus seines normalen Beitrags zum Gemeinschaftshaushalt erst im Jahre 1999 erreichen. Herr Lamassoure hat sich glücklich geschätzt, dass dieser Kompromiss die Prinzipien nicht in Frage stellt, da es sich nicht um permanente Abweichungen handelt, sondern nur um Übergangsmaßnahmen. Was Finnland betrifft, hatte es unter Nutzung der gemeinschaftlichen Beihilfen schon bei den Zwölf erreicht, dass 85% seines Territoriums als „benachteiligte Zone“ klassifiziert wurden.

Ein „Zuschlag“ von 255 Mio. zusätzlichen Ecu für die finnischen Landwirte hat dazu beigetragen, das Abkommen zu schließen.

Aber können fünf Tage ununterbrochenen Palaverns zu soliden Verträgen führen? Hat man nicht im Namen der Suche nach dem Kompromiss Missverständnisse eingebaut, die man später zugeben muss? Am Dienstagnachmittag, nach der Bekanntgabe des Prinzipienabkommens mit Schweden, stellte ein Beamter des Rates scherzhaft fest: „*Die Einzigen, die Ihnen wirklich den technischen Inhalt des Abkommens erklären können, sind die Verhandellnden selbst, aber es ist wahrscheinlich, dass sie sich zu dieser Stunde ausruhen. Und ich bin mir nicht sicher, ob sie mit einem klaren Verständnis der Dinge aufwachen.*“

Die für die „arktische Landwirtschaft“ bzw. für die Importzertifikate für Hering und Meeresforelle aufgewandte Energie darf nicht die unbekanntenen Größen vergessen lassen, die für das Funktionieren der Institutionen der Union bestehen bleiben. Welches Gewicht werden die neuen Mitglieder bei den Abstimmungen des Rates haben? Die – in diesem Stadium innerhalb der Zwölf interne – Debatte ist nicht entschieden worden. Die Debatte, die im Jahre 1996 über die grundlegende Umorganisation der Institutionen und ihre zukünftige Natur geführt werden soll, ist von den Zwölf noch nicht angesprochen worden.

Die Union hat die Klausel des Vertrages von Rom, die das gemeinschaftliche Europa für jeglichen glaubhaften Kandidaten öffnet, respektiert. Sie hat dem Leitsatz „*Maastricht ganz oder gar nicht*“ keine vollständige Achtung verschafft, jedoch ist sie in der Bewilligung der von den Kandidaten erbetenen Ausnahmeklauseln nicht zu weit gegangen.

Was wird daraus werden, wenn erst Ungarn und dann seine zentraleuropäischen Nachbarn oder auch die Türkei, Zypern, Malta ihrerseits den „Marathon“ von Brüssel angehen? Über das technische Feilschen hinaus gibt es ein Konzeptionsproblem für die Union, um das „Rheinische Modell“ durch etwas Neues zu ersetzen.

Jean de la Guérvrière